

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG • D-78266 BÜSINGEN • TELEFON (0 77 34) 60 61 • TELEFAX (0 77 34) 71 12
BUCHVERSAND • D-27315 HOYA / POSTFACH 1251 • TELEFON (0 42 51) 5 61 • TELEFAX (0 42 51) 30 70

gegründet am 1. Januar 1951 von Artur Missbach

1 *Sehr geehrte Damen und Herren,*

zum (inoffiziellen) Bundestagswahlkampfauftakt versprach Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) für abgelehnte und danach ausreisepflichtige Asylbewerber eine „Rückführung, Rückführung und nochmals Rückführung“. Es folgten ein paar eher symbolhafte Rückführungsaktionen und danach im Grunde nichts mehr. Merkels Ankündigung erwies sich damit als Versuch, gutgläubigen Wählern zu suggerieren, daß sie nunmehr das im Jahr 2015 von ihr selbst verursachte Asyl-Chaos wieder gut machen und zweifelsohne geltendes Recht wieder durchsetzen wolle.

Es war ein „Versprechen“, das nicht einmal bis zum Wahltag hielt, als der „vorläufige Abschiebestopp“ für abgelehnte Asylbewerber aus Afghanistan die scheinbar „harte Linie“ der Bundesregierung schneller als von jedem Beobachter erwartet konterkarierte. Wie schon bei der „Grenzöffnung“ vor etwa zwei Jahren machte die Bundesregierung auch diesmal wieder einen „getriebenen“ Eindruck.

Dabei konnte den Abschiebungen nach Afghanistan schon vor ihrer Aussetzung nur ein symbolhafter Charakter attestiert werden: Während einige Dutzend rechtskräftig abgelehnte afghanische Asylbewerber mit hohem Kostenaufwand zurück in ihre Heimat geflogen wurden, kamen von dort einige Tausend Antragsteller neu nach Europa. Und weitgehend verschwiegen wurde auch, daß die vorgenommenen Abschiebungen nur auf Basis bestehender Rücknahmeabkommen erfolgen konnten, in deren Rahmen Deutschland und andere westliche Staaten stattliche Geldbeträge zahlen. Rücknahmeabkommen mit z.B. nordafrikanischen Ländern gibt es so gut wie noch nicht. Offenbar ist man sich hier noch nicht handelseinig geworden . . .

Hinzu kommt das „gute“ Geschäft mit der „Flüchtlingsbetreuung“, das sich die inzwischen etablierte „Asyllobby“ nicht mehr nehmen lassen möchte. Manchmal kommt es deshalb zu Täuschungen und Trickereien, gegen die von staatlicher Seite kaum vorgegangen wird. Es sind falsche medizinische oder psychologische Atteste, ein vorgetäuschter Übertritt zum Christentum oder sogar die Selbstbezeichnung schwerer Straftaten oder Taliban-Aktivitäten, die eine Rückführung in die Heimat wegen dort angeblich „unzumutbarer“ Verfolgung unmöglich machen sollen.

Und manchmal hilft auch rohe Gewalt oder deren Androhung, wenn eine Abschiebung „unmöglich“ gemacht werden soll. So im Fall eines 21-jährigen afghanischen „Berufsschülers“, gegen dessen Abschiebung in Nürnberg militante Linksextremisten eine Schlägerei mit der Polizei entfachten. Der seit vier Jahren ausreisepflichtige junge Mann hatte die Behörden seit Jahren wegen angeblich verlorener Dokumente an der Nase herumgeführt und darf dennoch vorerst bleiben. Und nicht einmal eine wüste Drohung („In einem Monat bin ich wieder hier und bringe Deutsche um“) brachte ihn ins Gefängnis. „Verständnisvolle“ Betreuer attestierten dem jungen Mann, daß seine Drohung „nicht so gemeint“ gewesen sei.

Nach diesem Vorfall kam es zu einem weitgehenden Abschiebestopp. Offenkundig ist die Bundesregierung bemüht, vor der Wahl unschöne Bilder und eine gegebenenfalls kritische Medienberichterstattung zu vermeiden. Dies scheint den Regierenden offenbar wichtiger als eine konsequente Rechtsanwendung oder auch der Schutz der eigenen Bürger zu sein. Erinnern wir uns: Der Mörder der Freiburger Studentin, der Würzburger Axt-Attentäter und einige andere Gewalttäter mehr waren abgelehnte Asylbewerber. Während man sich einstweilen nicht mehr in der Lage sieht, diese in ihre Heimat zurück zu schicken, wird die Sicherheitslage hier in Deutschland immer bedrohlicher!

Zum Mörder eines fünfjährigen Jungen wurde in einer Unterkunft im bayerischen Arnschwang kürzlich ein anderer afghanischer Asylbewerber, der wegen schwerer Brandstiftung vorbestraft war und eine elektronische Fußfessel trug. Weil er sich in Haft als „konvertierter Christ“ ausgegeben hatte, wurde bereits im Jahr 2014 ein Abschiebeverbot ausgesprochen. Sonst hätte er nach der Verbüßung seiner sechsjährigen Haftstrafe mit der Abschiebung rechnen müssen, zu der es aus vorgenanntem Grunde dann aber nicht kam . . . (tb)

2 *EU-Milliarden für die Türkei*

Die Europäische Union zahlte der Türkei in den vergangenen drei Jahren netto rund 2,7 Milliarden Euro zur Vorbereitung ihres EU-Beitritts aus. Dies geht aus jetzt aktualisierten Zahlenangaben hervor. Danach erhielt Ankara von 2014 bis Ende 2016 aus der EU-Kasse rund 3,3 Mrd. € und die Türkei zahlte ihrerseits rund 600 Mio. € nach Brüssel für ihre Teilnahme an verschiedenen EU-Programmen. Unter weltweit allen Nicht-EU-Staaten war die Türkei damit der mit Abstand größte Nutznießer. Und in diese Rechnung nicht einmal einbezogen sind weitere rund 6 Mrd. €, die Brüssel im Rahmen des sogenannten „Flüchtlingsabkommens“ an Ankara zu zahlen bereit ist. (tb)

3 **Macrons „Geheimnis“**

Der neue französische Präsident Emmanuel Macron wurde wie aus dem Nichts binnen weniger Jahre zum schließlich siegreichen Präsidentschaftskandidaten aufgebaut. Daran rege beteiligt, das muß an dieser Stelle gesagt werden, war schließlich auch die gesamte europäische Medienlandschaft, was von manchen kritischen Beobachtern nicht nur als Beleg für die „Macht der Medien“, sondern leider auch für die noch immer bestehende Manipulierbarkeit vieler Menschen gewertet wird. Spätestens Ende Mai 2014 zeichnete sich aus heutigem Blickwinkel Macrons kometenhafter Aufstieg ab. Damals war der noch recht unbekannte Banker Teilnehmer des Bilderberg-Treffens (so wie in diesem Jahr der CDU-Politiker Jens Spahn) und danach nahm seine Karriere ihren steilen Lauf.

Als Wirtschaftsminister der Links-Regierung unter François Hollande sammelte er seine grundlegenden politischen Erfahrungen. Als Leiter der Kommission „Globalisierung“ an der Jean Jaurès-Stiftung (sozialistischer Politiker in Frankreich, gestorben 1914), als Mitglied der französisch-amerikanischen Stiftung „Young Leader Cuvee“ und insbesondere als Investmentbanker bei der Pariser Rothschild-Bank erhielt er seinen „internationalen Schriff“. Finanziell ausgesorgt hatte er mutmaßlich schon mit 33 Jahren, als er nach nur zweijähriger Tätigkeit für diese Bank zum „Partner“ gemacht wurde.

Gleichwohl hing seine Wahl zum französischen Präsidenten am Tag vor der entscheidenden Stichwahl zwischen ihm und Marine Le Pen gewissermaßen am seidenen Faden. An diesem Tag gelang es jedenfalls bis heute unbekanntem Computer-Hackern, Macron schwer belastende Dokumente über Waffenhandel, Drogen und Schwarzgeld zu erbeuten und sofort danach ins Netz zu stellen. Während diese brisanten Unterlagen von staatlichen Stellen umgehend als „Fake“ (also als erlogen) bezeichnet wurden, wollten Fachleute der Enthüllungsplattform „Wikileaks“ nicht an deren Echtheit zweifeln.

Die französische Wahlkommission reagierte umgehend: Sie forderte die Medien unter Androhung schwerster Strafen auf, aus den aufgedeckten (und angeblich zumindest teilweise gefälschten) Unterlagen keine Einzelheiten zu verbreiten. Dieser „Aufruf“ zeigte Wirkung: Weder in Frankreich noch in anderen europäischen Ländern wurde über diese brisanten Informationen (die Wikileaks, siehe oben, **nicht** als gefälscht ansieht) berichtet und Le Pen verlor die Stichwahl. (tb)

4 **Eine Entscheidung und ihre möglichen Folgen**

Ägyptens Parlament ratifizierte nach längeren Debatten nun die bereits im April 2016 vereinbarte Abtretung der Inseln Tiran und Sanafir an Saudi-Arabien. Die Eilande kamen erst Mitte der 1950er Jahre im Zuge des arabisch-israelischen Konflikts von Saudi-Arabien zu Ägypten. Gleichwohl erhoben sich in Kairo starke Gegenstimmen gegen die Rückgabe, die bis zu – letztlich erfolglosen – Gerichtsverfahren führten. Kritiker werfen der ägyptischen Regierung nun vor, der Rückübertragung der Inseln nur zugestimmt zu haben, weil Riad im Gegenzug einige Milliarden Dollar gezahlt haben soll.

Die strategisch günstig gelegenen Inseln („Tor zum Persischen Golf“) waren in den vergangenen Jahrzehnten tatsächlich eine der Hauptstützen der ägyptischen Außenpolitik. Ihre Rückgabe an Saudi-Arabien kann nach Beobachterauffassung deshalb noch zu einer „umfassenden Veränderung der Kräfteverhältnisse im Nahen Osten“ führen, wie es ein fachkundiger Journalist formulierte. Auf ihnen sind darüber hinaus UN-Beobachter stationiert, die die Sicherheit an der Grenze zwischen Ägypten und Israel überwachen sollen. Allein schon aus diesem Grund, so die Kritiker in Kairo, habe sich Ägypten mit der Rückgabe an die Saudis durch diese erpressbar gemacht. (tb)

5 **Rom möchte keine weiteren Migranten aufnehmen**

Im Quartal-Vorjahresvergleich ist die Zahl der Flüchtlinge, die bisher nach Italien kamen, um annähernd 20 % gestiegen. Derzeit halten sich dort rund 180 000 Flüchtlinge auf, die meisten von ihnen in über das Land verteilten Sammellagern. Jetzt kündigte Roms Bürgermeisterin Virginia Raggi an, keine Flüchtlinge mehr aufnehmen zu können. Der „soziale Druck“ und die damit verbundenen Kosten würden sonst die Möglichkeiten der „Ewigen Stadt“ sprengen. Angesichts der kürzlichen Ankunft Tausender weiterer Migranten auf Sizilien sucht das Innenministerium nun fieberhaft nach alternativen Unterbringungsmöglichkeiten. (tb)

6 **Supertanker auf „Irrfahrt“**

Seit einigen Tagen kreuzt der Supertanker „Saig“ südlich der Kanarischen Inseln, weil sich für seine Ölladung (Brent-Öl aus der Nordsee) kein Abnehmer findet. Ursprünglich für China bestimmt, verlangsamte das Schiff im Atlantik seine Fahrt, weil es das Öl mangels örtlicher Nachfrage dort nicht mehr anlanden sollte. Ein Ersatzkunde konnte noch nicht gefunden werden.

Dieser Fall spiegelt die Lage auf den internationalen Rohölmärkten recht gut wider. Trotz Förderkürzungen sind und bleiben die Öllager gut gefüllt, so daß die potentiellen Kunden kein Interesse an zusätzlichen Lieferungen haben. Das noch immer bestehende Überangebot resultiert insbesondere aus einer wieder gestiegenen Rohölproduktion in Libyen und einigen afrikanischen Staaten (insb. Nigeria), einer anhaltend guten Versorgung mit Nordsee-Öl sowie US-amerikanischen Ölexporten in Rekordhöhe.

Laut einer kürzlichen Mitteilung der Internationalen Energieagentur gehen Marktkenner auch für das Jahr 2018 davon aus, daß das Angebot schneller wachsen werde als die Nachfrage. Zurückzuführen sei dies vor allem auf die stark wachsende US-Ölschieferproduktion, bei der technische Fortschritte zu einer deutlichen Senkung der Förderkosten führten. (tb)

7 Sinnvolle Vorsorge für „Notzeiten“, sehr geehrte Damen und Herren,

ist aktuell genauso wichtig wie in den vergangenen Jahrzehnten. Es sind nicht mehr alleine die Gefahren, die von Terrorismus, Unwettern oder gesellschaftlichen Verwerfungen ausgehen können. Schon ein „simpler“ Stromausfall wäre in der Lage, unser tägliches Leben entscheidend zu beeinträchtigen. Und erst kürzlich gestand der deutsche Stromnetzbetreiber Amprion für den vergangenen Winter einige Situationen ein, in denen „nur wenige Tropfen“ fehlten, um das Faß zum Überlaufen und damit einen großflächigen – und möglicherweise recht lange anhaltenden – Stromausfall auszulösen. Es waren, verkürzt dargestellt, Phasen hohen Strombedarfs bei Nacht und Windstille, die mit einem unerwarteten Ausfall einiger Kernkraftwerke in Frankreich und Belgien einhergingen.

Wie lange in einer derartigen Lage der Strom ausbleiben dürfte, kann nicht vorhergesagt werden. Von Minuten (unproblematisch) über Stunden (unkomfortabel) bis hin zu einem oder mehreren Tagen (kritisch) wäre dann alles möglich. Geschäfte müßten schließen, weil z.B. die Kassensysteme nicht mehr funktionieren würden. Festnetztelefonie wäre zumindest sehr stark eingeschränkt, weil die heute auch in vielen Privathaushalten üblichen Telefonanlagen (oder Internet-Router) auf Netzstrom angewiesen sind. Mit dem Handy könnte man noch eine Weile telefonieren, weil die meisten Funkstationen für geraume Zeit mit Notstrom versorgt werden können. Doch nach spätestens einem Tag, so vermuten Kenner der Szene, würde es auch hier zu den ersten größeren Ausfällen kommen.

Tanken wäre unmöglich, weil die Zapfsäulen mit Elektropumpen arbeiten. Und auch die lebensnotwendige Wasserversorgung könnte mangels Strom für die Pumpstationen etc. schon nach relativ kurzer Zeit ausfallen. Wir sehen – Vorsorge tut nach wie vor Not. Und dies erkannte man auch im Bundesinnenministerium (vgl. „Vertrauliche“ vom 6.6.2017, Tz. 1), als man das neue Konzept für die „Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen im Ernst- und Krisenfall“ erarbeitete.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe empfiehlt deshalb jedem Haushalt, einen Vorrat an Lebensmitteln und Getränken für etwa zwei Wochen vorzuhalten. Dabei weist man sehr zu Recht darauf hin, daß ein (gesunder) Mensch unter Umständen drei Wochen ohne Nahrung auskommen kann, aber – wenn überhaupt – höchstens vier Tage ohne Flüssigkeitszufuhr. Man sollte deshalb pro Person und Woche rund 15 Liter Flüssigkeit vorhalten. Für einen Zwei-Personen-Haushalt ergibt sich somit für zwei Wochen ein erforderlicher Flüssigkeitsvorrat von rund 60 Litern. (Bitte hier – und wie auch bei der Nahrung – eventuelle Haustiere keinesfalls vergessen!)

Ein Teil dieses Flüssigkeitsvorrats sollte in Form von Trinkwasser vorgehalten werden, das praktischerweise in Kanistern gelagert werden sollte. Zusätzlich ist eine Entkeimung mit Hilfe spezieller Tabletten sinnvoll, durch die das Wasser i.d.R. für sechs Monate haltbar gemacht wird. Danach kann man es immer noch verwenden (z.B. zum Putzen oder für die Toilettenspülung) und neues Vorratswasser „herrichten“. Dafür geeignete Kunststoffkanister und Wasserentkeimungstabletten bieten wir Ihnen auf der diesen „Vertraulichen“ beigefügten Angebots- und Bestellliste an. Wir bitten um Ihre freundliche Beachtung.

Geht es um den Vorrat an Grundnahrungsmitteln und für den Notfall wichtigen Gegenständen, empfehlen wir die Beachtung der umseitig für Sie abgedruckten „Checkliste“, die auf eine entsprechende Empfehlung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zurückgeht. Bitte beachten Sie, daß sich die Mengenangaben auf jeweils eine Person beziehen und für „größere“ Haushalte entsprechend zu multiplizieren sind – auch hier bitte die Haustiere nicht vergessen. Der Vorteil der umseitig abgedruckten „Checkliste“ besteht u.E. darin, daß hier keine speziellen „Notvorräte“ aufgeführt sind, sondern Nahrungsmittel, die in fast jedem Haushalt gelegentlich Verwendung finden. So kann es möglich sein, die älteren Vorräte von Zeit zu Zeit aufzubauchen und durch neuere zu ersetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir hoffen, Ihnen mit diesen Informationen helfen zu können und wir wünschen Ihnen, daß Sie niemals zu einem Rückgriff auf Ihre persönlichen Notvorräte gezwungen sind! Bitte, denken Sie darüber hinaus aber schon jetzt an den Krisenfall und halten Sie sich gegenüber Ihrer Umwelt mit Informationen über Ihre aktive Krisenvorsorge zurück. Die Erfahrung zeigt, daß gerade diejenigen Mitmenschen, die Sie jetzt dafür „belächeln“ mögen, im tatsächlichen Krisenfall die ersten sein werden, die von Ihren Vorräten mit profitieren möchten . . . (tb)

MEINE PERSÖNLICHE CHECKLISTE

Grundnahrungsmittelvorrat für eine Person und 14 Tage

LEBENSMITTEL UND GETRÄNKE

Vollkornbrot 1000 g	<input type="checkbox"/>
Zwieback 400 g	<input type="checkbox"/>
Knäckebrot 1000 g	<input type="checkbox"/>
Nudeln, roh 500 g	<input type="checkbox"/>
Reis, roh 250 g	<input type="checkbox"/>
Hafer-/Getreideflocken 750 g	<input type="checkbox"/>
Kartoffeln, roh 1000 g	<input type="checkbox"/>
Bohnen in Dosen 800 g	<input type="checkbox"/>
Erbsen/Möhren in Dosen 900 g	<input type="checkbox"/>
Rotkohl in Dosen/Gläsern 700 g	<input type="checkbox"/>
Sauerkraut in Dosen 700 g	<input type="checkbox"/>
Spargel in Gläsern 400 g	<input type="checkbox"/>
Mais in Dosen 400 g	<input type="checkbox"/>
Pilze in Dosen 400 g	<input type="checkbox"/>
Saure Gurke im Glas 400 g	<input type="checkbox"/>
Rote Bete 400 g	<input type="checkbox"/>
Zwiebeln, frisch 500 g	<input type="checkbox"/>
Kirschen im Glas 700 g	<input type="checkbox"/>
Birnen in Dosen 250 g	<input type="checkbox"/>
Aprikosen in Dosen 250 g	<input type="checkbox"/>
Mandarinen in Dosen 350 g	<input type="checkbox"/>
Ananas in Dosen 350 g	<input type="checkbox"/>
Rosinen 200 g	<input type="checkbox"/>
Haselnusskerne 200 g	<input type="checkbox"/>
Trockenpflaumen 250 g	<input type="checkbox"/>

FRISCHOBST 1000 g

Apfel roh	<input type="checkbox"/>
Birne roh	<input type="checkbox"/>
Banane roh	<input type="checkbox"/>
Orange roh	<input type="checkbox"/>
Mineralwasser 28 l	<input type="checkbox"/>
Zitronensaft 0,2 l	<input type="checkbox"/>
Kaffee (Pulver) / Instantkaffee 250 g	<input type="checkbox"/>
Tee schwarz, trocken 125 g	<input type="checkbox"/>
H-Milch 3,5% Fett 3 l	<input type="checkbox"/>
Hartkäse 700 g	<input type="checkbox"/>
Thunfisch in Dosen 150 g	<input type="checkbox"/>
Ölsardinen in Dosen 100 g	<input type="checkbox"/>
Heringsfilet in Soße, Konserve 100 g	<input type="checkbox"/>
Corned Beef in Dosen 250 g	<input type="checkbox"/>
Bockwürstchen im Glas/Dosen 300 g	<input type="checkbox"/>
Kalbsleberwurst im Glas/Dosen 300 g	<input type="checkbox"/>
Dauerwurst (z.B. Salami) 360 g	<input type="checkbox"/>
10 Eier Gewichtsklasse (à 60 g Einkaufsgewicht) 530 g	<input type="checkbox"/>

STREICHFETT 250 g

Butter/Margarine	<input type="checkbox"/>
Öl (z.B. Maiskeim, Sonnenblumen) 0,3 l	<input type="checkbox"/>

HAUSAPOTHEKE

DIN-Verbandskasten	<input type="checkbox"/>
Vom Arzt verordnete Medikamente	<input type="checkbox"/>
Schmerzmittel	<input type="checkbox"/>
Hautdesinfektionsmittel	<input type="checkbox"/>
Wunddesinfektionsmittel	<input type="checkbox"/>
Mittel gegen Erkältungskrankheiten	<input type="checkbox"/>
Fieberthermometer	<input type="checkbox"/>
Mittel gegen Durchfall	<input type="checkbox"/>
Insektenstich- und Sonnenbrandsalbe	<input type="checkbox"/>
Splitterpinzette	<input type="checkbox"/>

HYGIENEARTIKEL

Seife (Stück), Waschmittel (kg)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Zahnbürste, Zahnpasta (Stück)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sets Einweggeschirr & Besteck (Stück)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Haushaltspapier (Rollen)	<input type="checkbox"/>	
Toilettenpapier (Rollen)	<input type="checkbox"/>	
Müllbeutel (Stück)	<input type="checkbox"/>	
Campingtoilette, Ersatzbeutel (Stück)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Haushaltshandschuhe (Paar)	<input type="checkbox"/>	
Desinfektionsmittel, Schmierseife (Stück)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

BRANDSCHUTZ

Keller und Dachboden entrümpeln	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Feuerlöscher	<input type="checkbox"/>	
Rauchmelder	<input type="checkbox"/>	
Löschdecke (notfalls Wolldecke)	<input type="checkbox"/>	
Behälter für Löschwasser	<input type="checkbox"/>	
Wassereimer	<input type="checkbox"/>	
Kübelspritze oder Einstellspritze	<input type="checkbox"/>	
Garten- oder Autowaschschlauch	<input type="checkbox"/>	

ENERGIEAUSFALL

Kerzen, Teelichter	<input type="checkbox"/>
Streichhölzer, Feuerzeug	<input type="checkbox"/>
Taschenlampe	<input type="checkbox"/>
Reservebatterien	<input type="checkbox"/>
Camping-, Spirituskocher mit Brennmaterial	<input type="checkbox"/>
Heizgelegenheit	<input type="checkbox"/>
Brennstoffe	<input type="checkbox"/>

DOKUMENTENSICHERUNG

Haben Sie festgelegt, welche Dokumente unbedingt erforderlich sind?	<input type="checkbox"/>
Sind Ihre Unterlagen zweckmäßig geordnet?	<input type="checkbox"/>
Sind von wichtigen Dokumenten Kopien vorhanden und ggf. beglaubigt?	<input type="checkbox"/>
Haben Sie eine Dokumentenmappe angelegt?	<input type="checkbox"/>
Sind Dokumentenmappe oder wichtige Dokumente griffbereit?	<input type="checkbox"/>

NOTGEPÄCK

Persönliche Medikamente	<input type="checkbox"/>	
Behelfsmäßige Schutzkleidung	<input type="checkbox"/>	
Wolldecke, Schlafsack	<input type="checkbox"/>	
Unterwäsche, Strümpfe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gummistiefel, derbes Schuhwerk	<input type="checkbox"/>	
Essgeschirr, -besteck, Thermoskanne, Becher	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Material zur Wundversorgung	<input type="checkbox"/>	
Dosenöffner und Taschenmesser	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Strapazierfähige, warme Kleidung	<input type="checkbox"/>	
Taschenlampe	<input type="checkbox"/>	
Kopfbedeckung, Schutzhelm	<input type="checkbox"/>	
Schutzmaske, behelfsmäßiger Atemschutz	<input type="checkbox"/>	
Arbeitshandschuhe	<input type="checkbox"/>	

RUNDFUNKGERÄT

Rundfunkgerät für Batteriebetrieb geeignet oder ein Kurbelradio	<input type="checkbox"/>
Reservebatterien	<input type="checkbox"/>

Quelle: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, www.ernaehrungsvorsorge.de

8 „Klimakatastrophe“ – Beginnt das Erwachen?

„Trump kündigt Pariser Klima-Abkommen“ – so lauteten vor einigen Tagen die Schlagzeilen, deren Informationsgehalt näher bei den sogenannten „Fake-News“ (neues Wort für bewußte Falschnachrichten) lag als an der Realität. Nicht genug, daß man bezüglich des statistischen Begriffs „Klima“ bei Licht betrachtet kein Abkommen schließen kann, waren die USA diesem Bund niemals mit voller Rechtskraft beigetreten. US-Präsident Barack Hussein Obama hatte dazu lediglich eine zeitlich befristet geltende „Executive Order“ unterzeichnet. Wohl wissend, daß er die für eine Ratifizierung dieses Vertrages erforderliche Kongressmehrheit niemals erhalten würde.

Während insbesondere in Europa und hier vor allem Deutschland die „elitären Klimaschützer“ mit Trotz- und Panikreaktionen auf sich aufmerksam machten, begrüßte Michael Limburg vom „Europäischen Institut für Klima und Energie“ (EIKE) Trumps „historische Rede“ als „ersten, wichtigen Schritt zur Abkehr der US-Politik von der Klima-Ideologie hin zur Vernunft“. Dabei hätte Trump den Vertrag gar nicht kündigen müssen. Er war und ist schließlich eine reine Absichtserklärung der beteiligten Staaten, in deren Sinne man handeln kann, aber nicht muß.

Trump, da sind sich die sogenannten „Klimaleugner“ sicher, zieht sein Land von dem Vertrag zurück, weil er den amerikanischen Steuerzahlern und der Wirtschaft unnötige Kosten ersparen möchte. Er handelt damit nicht verantwortungslos, wie die versammelte „Weltpresse“ glauben machen möchte, sondern rational im Sinne seiner Devise „America first“. Er habe erkannt, „daß das Pariser Abkommen nicht den vergeblichen Versuch, das Weltklima zu retten, darstellt, sondern allein zum Ziel hat, unter Mißbrauch der Wissenschaft das Vermögen der Welt zu Lasten derer, die es erarbeitet haben, umzuverteilen“, brachte es Limburg auf den Punkt. Und er fügte an, daß man bei einer unvoreingenommenen Diskussion auch in Deutschland längst zu der Erkenntnis hätte kommen müssen, „daß die Klimawissenschaft vorsätzlich mißbraucht und zu einem Propagandainstrument mit wissenschaftlichem Anspruch umgewandelt wird, um ideologische grün-links motivierte Ziele zu verfolgen und politisch durchzusetzen“. Dazu schüre man eine regelrechte Klimahysterie, bei der man kein links-grünes sozialistisches Paradies auf Erden verspreche, sondern die Vermeidung einer letztlich frei erfundenen „Klimakatastrophe“ – wenn auch erst in 100 Jahren. Und damit alle schön bei der Stange bleiben, wird einstweilen die Angst entfacht.

Es herrscht inzwischen eine regelrechte „Klimatokratie“, zu deren Hauptprofiteuren neben den entsprechenden Politikern Gesinnungsjournalisten, Umweltverbands-Lobbyisten, subventionsgierige Wirtschaftsführer und um Fördermittel buhlende Wissenschaftler zählen. Sie beschimpfen jetzt Trump, weil er ihrem „erprobten“ Geschäftsmodell schadet: Man schürt tiefreichende Zukunftsängste, um dann radikale und angeblich „alternativlose“ Gegenmaßnahmen zum eigenen Vorteil durchzupeitschen. Im Lutherjahr 2017 sei der Hinweis gestattet, daß vor 500 Jahren eine große westliche Institution schon einmal in durchaus ähnlicher Weise handelte . . .

Interessanterweise wagte kürzlich der konservative „Berliner Kreis“ in der CDU einen (zwar sehr zaghaften) Vorstoß gegen die nach dessen Worten „moralische Erpressung“ durch die sogenannte Klimaforschung. Insbesondere der „Weltklimarat IPCC“ habe sich zu einer Art „Weltrettungszirkus“ entwickelt, der den Klimatokraten regelmäßig – und zumindest teilweise wohl auch wider besseres wissenschaftliches Wissen – in die Hände spiele. Auch dort – das wagt der Berliner Kreis allerdings nicht auszusprechen – wird letztlich gezielt Angst geschürt, um die gewünschten Reaktionen und Beschlüsse herbeizuführen. (tb)

9 „Kölner, wo seid ihr?“

Es sollte eine gewaltige Demonstration gegen islamistischen Hass und Terror werden. 10 000 Teilnehmer – größtenteils Moslems – wurden angeblich erwartet. Doch die Polizei konnte später lediglich rund 300 Kundgebungsteilnehmer am Heumarkt bestätigen — und dies waren größtenteils deutsche „Unterwerfungsbefürworter“ oder schlicht naive Mitbürger, die (noch) fröhlich in ihren „Multikultiblasen“ leben.

Die vergleichsweise verschwindend geringe Zahl moslemischer Kundgebungsteilnehmer erklärt sich auch aus einem Aufruf des sunnitischen Moscheeverbandes DITIB (der in Deutschland die staatliche türkische Religions- und Schariabehörde vertritt), der seine Schäfchen wegen der möglichen körperlichen Überforderung im Fastenmonat Ramadan vor einer Teilnahme „warnte“. Nicht nur der nordrhein-westfälische FDP-Landtagsabgeordnete Joachim Stamp sah darin eine „Unverschämtheit“. Kurz vor Demonstrationsbeginn waren denn auch fast mehr Journalisten als Teilnehmer anwesend. Deutlich zu vernehmen war der verzweifelte Ausruf der Veranstalter: „Kölner, wo seid ihr? Wir sind hier für den Frieden!“

Westliche Korankenner wiesen in diesem Zusammenhang schon bald darauf hin, daß die Warnung des DITIB keine „Unverschämtheit“ gewesen sei, sondern sich nach ihrer Auffassung aus den Suren des Korans erklären lasse. Terror und Schrecken des weltweit tobenden Dschihad dienen dem Islam schließlich ganz unverblümt zur Unterwerfung Ungläubiger und einer weiteren Verbreitung dieses Glaubens. Es gelte schließlich „Schrecken in die Herzen der Ungläubigen zu werfen“, die „neben Allah Götter setzten, wozu Er keine Ermächtigung niedersandte“ (Sure 3, Vers 151). Es steht zu befürchten, daß psychopathisch veranlagte Nachfahren Mohammeds auch weiterhin versuchen werden, unsere Straßen mit dem Blut „Ungläubiger“ zu tränken. (tb)

10 Erste „offizielle“ Proteste gegen US-Sanktionsmaßnahmen

Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) und der österreichische Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) kritisierten nun erstmals die neuen US-Sanktionen gegen Russland. Es sei bedauerlich, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung, daß die USA sich dabei nicht mit den Europäern abgestimmt hätten. Und man wurde noch deutlicher: „Nicht akzeptieren können wir allerdings die Drohung mit völkerrechtswidrigen extraterritorialen Sanktionen gegen europäische Unternehmen, die sich am Ausbau der europäischen Energieversorgung beteiligen.“ Und weiter heißt es: „In bemerkenswerter Offenheit beschreibt der US-Gesetzentwurf, worum es eigentlich geht: um den Verkauf amerikanischen Flüssiggases und die Verdrängung russischer Erdgaslieferungen vom europäischen Markt.“ Schließlich erklären die beiden Sozialdemokraten: „Europas Energieversorgung ist eine Angelegenheit Europas und nicht der Vereinigten Staaten von Amerika! Wer uns Energie liefert und wie, entscheiden wir.“

Die die US-Gasindustrie begünstigenden Sanktionen wurden Mitte Juni vom US-Senat mit großer Mehrheit beschlossen. Sie seien, heißt es, eine Antwort auf Russlands „Einmischung in die amerikanische Präsidentschaftswahl, die Annexion der Halbinsel Krim und die Unterstützung der Regierung in Damaskus im syrischen Bürgerkrieg“. Tatsächlich ist der Einmischungsvorwurf in keiner Weise belegt, in Syrien geht es (auch) um eine von Russland gewünschte Gaspipeline zur Versorgung Europas und auch der Krim-Vorwurf kann zumindest teilweise mit einer nicht mit Moskau abgesprochenen Ost-Erweiterung der NATO relativiert werden. Kurzum – so klar und eindeutig wie von Washington suggeriert ist die Lage nicht.

Gleichwohl ist die Wortmeldung der beiden europäischen Politiker bemerkenswert, weil Berlin und Wien bisher strikt der Lesart Washingtons gefolgt waren. Doch nun steht zu befürchten, daß deutsche und österreichische Unternehmen, die es wagen sollten, sich am Bau der Gaspipeline North Stream 2 zu beteiligen, mit Strafen rechnen müssen. Und dies wollen Gabriel und Kern nicht hinnehmen.

Noch unklar ist die Haltung der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Bisher trug sie die US-Sanktionen gegen Russland mit. Darüber hinaus dürfte sie das North Stream 2-Projekt auch deshalb nicht bedingungslos unterstützen, weil es unter den EU-Staaten durchaus umstritten ist. Während z.B. Italien für die neue Routenführung eintritt, fürchtet Polen (das darüber hinaus große Flüssiggas-Terminals errichten ließ!) um einen Teil seiner Durchleitungsgebühren, wenn große Gasmengen nicht mehr via Polen nach Westeuropa fließen sollten. (tb)

11 Russland steigt in die Erdgasverflüssigung ein

In einer entsprechenden Regierungsanordnung verfügte die russische Führung jetzt den Bau von vier künstlichen Inseln in der Kola-Bucht der Barentssee. Auf ihnen sollen eine zentrale Anlage zur Verflüssigung, Lagerung und Verladung von Erdgas sowie Basen zur Wartung der in der Barentssee eingesetzten Offshore-Technik errichtet werden. (tb)

12 Mitteilung des Verlages

Im vergangenen Jahr machten unserem Verlag in einigen Bereichen deutliche Kostensteigerungen zu schaffen. Um auch weiterhin an der beispiellosen Qualität unseres über Jahrzehnte gewachsenen und gut gepflegten Informationsnetzes festhalten zu können, kommen wir leider nicht umhin, den Bezugspreis Ihrer „Vertraulichen“ ab dem dritten Quartal 2017 geringfügig anzuheben. Wir bitten für diese unabdingbare Maßnahme (die Preiserhöhung liegt bei lediglich rund 2 Cent pro Seite des redaktionellen Teils) höflichst um Ihr Verständnis, wofür wir schon an dieser Stelle herzlich danken! (tb)

13 Wohnungsleerstand und Werbungskostenabzug

Weil sich eine Wohnungseigentümergeinschaft über viele Jahre hinweg nicht auf die Durchführung dringend erforderlicher Sanierungsarbeiten verständigen konnte (weil u.a. der Verwalter Geld veruntreut hatte), blieb die Wohnung eines Eigentümers für 17 Jahre unvermietbar. Zu allem Verdruß weigerte sich das Finanzamt schließlich auch noch, die dabei entstandenen Verluste steuerlich anzuerkennen, weil angeblich keine Gewinnerzielungsabsicht gegeben war.

Hierüber kam es zu einem Rechtsstreit, der bis vor den Bundesfinanzhof (Az. IX R 17/16) führte. Dessen Richter befanden ganz im Sinne des Finanzamts: „Kann ein Steuerpflichtiger eine in seinem Eigentum stehende Wohnung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen dauerhaft nicht in einen betriebsbereiten Zustand versetzen und zur Vermietung bereitstellen, ist es nicht zu beanstanden, wenn das Finanzamt nach einer Gesamtwürdigung aller Tatsachen vom Fehlen der Gewinnerzielungsabsicht ausgeht.“

Wer eine ältere Eigentumswohnung zum Zwecke der Vermietung erwirbt, tut deshalb gut daran, die Protokolle der letzten Eigentümerversammlungen vor dem Kauf gründlich zu studieren. Sollten sich darin Hinweise auf einen möglichen Sanierungsstau und entsprechende Differenzen zwischen den Eigentümern finden, wäre es aus rein steuerlicher Sicht ratsam, von einem Kauf abzusehen. (tb)

14 Für Sie aufgelesen:

„Genau genommen ist der Sport nur eine aufwendige Methode, Krankheiten durch Unfälle zu ersetzen.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Eike Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettenhofer GmbH & Co. KG, D-27322 Eyrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.